

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Umweltausschuß**

13. Sitzung  
am Mittwoch, dem 5. Februar 1997, 12:45 Uhr,  
im Sitzungszimmer des Landtages

Bur/Eik-Kr 97-04-18

### **Anwesende Abgeordnete**

Frauke Tengler (CDU)  
Renate Gröpel (SPD)  
Konrad Nabel (SPD)  
Friedrich-Carl Wodarz (SPD)

Vorsitzende

Gero Storjohann (CDU)  
Roswitha Strauß (CDU)  
Herlich Marie Todsén (CDU)

**Fehlende Angeordnete**

**Ingrid Franzen (SPD)**

**Helmut Jacobs (SPD)**

**Dr. Christel Happach-Kasan (F.D.P.)**

**Dr. Adelheid Winking-Nikolay (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Weitere Anwesende**



<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
1. a) <b>Änderung des Nationalparks Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer nur im Einvernehmen mit der Bevölkerung</b>	4
Antrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P. Umdruck 14/128	
b) <b>Weiterentwicklung der Westküstenregion</b>	
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/374	
2. <b>Bodenschutzprogramm "Ziele und Strategien des Bodenschutzes in Schleswig-Holstein"</b>	5
Bericht der Landesregierung Drucksache 14/188	
3. <b>Verschiedenes</b>	6

Die Vorsitzende, Abg. Tengler, eröffnet die Sitzung um 12:45 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**a) Änderung des Nationalparks Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer  
nur im Einvernehmen mit der Bevölkerung**

Antrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P.  
Drucksache 14/338

**b) Weiterentwicklung der Westküstenregion**

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/353

Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 14/374

Im Hinblick auf den anstehenden Besuch des Ausschusses beim Nationalparkamt in Tönning zur Vorstellung des Syntheseberichts Ökosystemforschung stellt der Ausschuß nach kurzer Aussprache einvernehmlich die inhaltliche Beratung der Anträge zurück und erörtert zunächst den Ablauf der Anhörung. Zur Vorbereitung auf den Besuch erbittet die Vorsitzende, Abg. Tengler, eine Darstellung der Zuständigkeiten, der Aufgaben und der Mitarbeiter des Nationalparkamts, des Ministeriums - soweit es Aufgaben in diesem Bereich wahrnimmt - sowie der Kuratorien.

Der Ausschuß stimmt dem Vorschlag des Leiters des Nationalparkamts Dr. Scherer zu, daß zunächst die Hauptautoren dem Ausschuß den Inhalt des Syntheseberichts vortragen sollten. Im weiteren Verlauf sollen dann schwerpunktmäßig die Komplexe "Besucherlenkung", "Schafbeweidung der Salzwiesen - nutzungsfreie Zonen" und "Nationalparkgrenzen" dargestellt und debattiert werden. Für die Dauer der Sitzung veranschlagt der Ausschuß die Zeit von 11:00 Uhr bis gegen 16:00 Uhr.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Bodenschutzprogramm "Ziele und Strategien des Bodenschutzes in Schleswig-Holstein"**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 14/188

Abg. Franzen kündigt für die SPD-Fraktion eine begleitende Resolution zu dem Bericht für die Beschlußempfehlung an den Landtag an. Dafür benötige sie jedoch den vom Ministerium zugesagten Entwurf des Bundesbodenschutzgesetzes mit den Stellungnahmen der Länder. Diese Unterlagen werden dem Ausschuß nachgereicht werden.

Auf eine Frage der Abg. Franzen nach der Aktualität der Datengrundlage für den Bericht stellt Minister Steenblock klar, daß der Bericht auf dem Zahlenmaterial des letzten Statistischen Jahrbuchs basiere, das noch aus dem Jahre 1993 stamme; mit neueren Daten sei erst gegen Ende des Jahres zu rechnen.

Zu den Veränderungen, die der Bericht gegenüber dem ursprünglichen, noch von Umweltministerin Dr. Müller vorgelegten Entwurf im Rahmen des Anhörungsverfahrens erfahren hat, bemerkt Minister Steenblock, daß in dem Anhörungsverfahren seinerzeit etwa 30 Organisationen und Verbände - angefangen von der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Landesverbände über den Grundbesitzerverband und den Bauernverband bis zu Umweltverbänden und Gewerkschaften - um ihre Stellungnahmen gebeten worden seien. Das Ergebnis der Anhörung habe sich in einer Reihe von geringfügigen Änderungen der Formulierungen niedergeschlagen. Allerdings gehe auch das neu in den Bericht aufgenommene Kapitel über die Gentechnik auf die in dem Anhörungsverfahren abgegebenen Stellungnahmen zurück.

Anhand von Beispielen erläutert Angestellter Adam ergänzend einige Änderungen, mit denen insbesondere auch den Wünschen der Landwirtschaft entsprochen worden sei - so etwa im Hinblick auf die Nitratbelastung des Grundwassers -, um den Eindruck der Kriminalisierung von Nitratreinträgen in Gewässer zu vermeiden.

In diesem Zusammenhang geht er auch auf die Stellungnahmen zu den Phosphateinträgen und auf die Notwendigkeit der Datenerhebung zur Bodenentwicklung ein.

Im weiteren Verlauf der Sitzung debattiert der Ausschuß im wesentlichen den Wunsch der Abg. Todsens, dem Ausschuß die zu dem Bericht der Landesregierung eingereichten Stellungnahmen der angehörten Verbände und Organisationen zuzuleiten. In der Aussprache wird von den Vertretern des Ministeriums darauf hingewiesen, daß eine detaillierte Gegenüberstellung aller vorgebrachten Änderungswünsche überaus zeitaufwendig wäre. Wenn aber weiterhin gravierende Differenzen zwischen dem Bericht der Landesregierung und den Auffassungen der Verbände bestünden, hätten sich diese mit Sicherheit bereits geäußert.

Im übrigen geben Abg. Franzen und Nabel zu bedenken, daß sich im Rahmen der Beratung des Entwurfs eines Bodenschutzgesetzes des Landes ohnehin die Notwendigkeit ergeben werde, die Stellungnahmen der Betroffenen einzuholen; im Rahmen der Gesetzesberatung könne der Ausschuß daraus dann auch die gewünschten Konsequenzen ziehen.

Abg. Todsens zieht nach weiterer kurzer Diskussion ihren Antrag auf Übermittlung der Stellungnahmen aus dem Anhörungsverfahren zurück. Allerdings werde sie auch künftig in ähnlich gelagerten Fällen ihren Wunsch auf Übermittlung der Stellungnahmen aus dem Anhörungsverfahren wiederholen.

Minister Steenblock teilt mit, daß sich der Bundesrat mit dem Entwurf des Bundesbodenschutzgesetzes voraussichtlich nach der Sommerpause des Parlaments, wenn er in Erster Lesung vom Bundestag behandelt worden sei, beschäftigen werde. Sobald sich eine Beschlußfassung des Bundesgesetzgebers abzeichne, aus der dann auch der Handlungsspielraum des Landes deutlich werde, werde er dem Ausschuß eine aktualisierte Fassung des Berichts in Form eines Nachtrags mit den neuen Datengrundlagen übermitteln.

Der Ausschuß begrüßt diese Zusage des Umweltministers.

Die Vorsitzende, Abg. Tengler, schließt die Sitzung um 14:05 Uhr.

gez. Tengler  
Vorsitzende

gez. Burdinski  
Geschäfts- und Protokollführer